

Wesel

Notunterkunft an der Trappstraße ist voll

16. September 2015 um 12:38 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Foto: Malz, Ekkehart (ema)

Wesel. Im Rat wurde gestern ausführlich über das Thema Flüchtlinge gesprochen. Vertreter aller Parteien lobten das Engagement von Ehrenamtlichen und der Verwaltung. Probleme gibt es mit der ärztlichen Untersuchung von schulpflichtigen Kindern.

Von Klaus Nikolei



Die vom Kreis Wesel auf Veranlassung der Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf errichtete Notunterkunft für Flüchtlinge an der Trappstraße in Wesel ist voll belegt. Nachdem Montagmorgen 217 Flüchtlinge - vor allem Familien auch aus Syrien - in das frühere Verwaltungsgebäude der Firma Trapp beziehungsweise in Wohncontainer auf dem Außengelände eingezogen sind (RP berichtete), brachten Busse gestern Morgen weitere 83 Flüchtlinge nach Wesel, so dass nun alle 300 Plätze belegt sind. Aktuell befinden sich zudem 123 Flüchtlinge in der Notunterkunft am Lippeglacis (Stichwort: Landers-Hallen mit Laminatboden). 477 Asylbewerber, die der Stadt zugewiesen wurden, sind im Flüchtlingsheim an der Fluthgrafstraße beziehungsweise in angemieteten Wohnungen überall im Stadtgebiet untergebracht. Macht unter dem Strich knapp 900 Flüchtlinge, die derzeit in der Kreisstadt leben. Für wie lange, das weiß niemand. Diese Zahlen nannte gestern Bürgermeisterin Ulrike Westkamp in der Sitzung des Rates.

Vertreter aller Parteien betonten mehrfach, wie stolz man sei auf die in den vergangenen Wochen erbrachten Leistungen der vielen ehrenamtlichen Helfer von Deutschem Roten Kreuz, THW und Maltestern beziehungsweise aus den Verwaltungen. Und auch die Bürgermeisterin sprach davon, dass Wesel seinem Namen "Vesalia hospitalis - gastfreundliches Wesel" gerecht werde. Gleichzeitig informierte sie die Politik, dass man darüber nachdenke, eine Koordinierungsstelle einzurichten, um das ehrenamtliche Engagement von hilfsbereiten Bürgern in geregelte Bahnen zu lenken.

Schuldezernent Daniel Kunstleben ließ die Politiker wissen, dass man gerne mehr Kinder aus Asylbewerberfamilien in die Schulen schicken würde. "Doch scheitert das derzeit daran, dass die Amtsärzte des Kreises mit Untersuchungen in den Notunterkünften beschäftigt sind, so dass wir eine längere Warteliste haben." Ob diese Schuleingangsuntersuchungen nicht von Hausärzten ehrenamtlich geleistet werden könnten, wollte Volker Haubitz (CDU) wissen. Kunstleben verneinte die Möglichkeit mit Hinweis auf die geltenden Gesetze.

SPD-Fraktionschef Ludger Hovest bekräftigte seine bereits bekannte Forderung, dass die Nato leere Unterkünfte in der Schill-Kaserne unbedingt für Flüchtlinge zur Verfügung stellen müsse, die womöglich in nächster Zeit Wesel zugewiesen würden. "Ich möchte hier keine Zeltstädte oder dass Flüchtlinge in die leeren Hallen von Stams, Praktiker oder Selgros einziehen müssen", so Hovest.

(RP)

